neue caritas

Info 1 / Februar 2024

CBP-Info

Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e. V.

Selbstvertreter:innen
Politische Teilhabe
S. 5 und 18

3. CBP-Digitalpreis
Jetzt teilnehmen – und dafür werben!
S. 25

Schwerpunkt
Menschlichkeit und Vielfalt
ab **S. 6**

Die Barmherzigen Brüder Mittelfranken haben mit einem Kurzvideo und einem Drohnenfoto mit unzähligen Mitarbeitenden und Klient:innen ein beeindruckendes Zeichen für Vielfalt und Toleranz gesetzt.

Liebe Leserinnen und Leser, dieses Vorwort schreibe ich unter dem Eindruck der Bauern-Proteste und des Streiks der Lokführer:innen. Viele Menschen bewegt die emotionale Wucht und Intensität dieser Auseinandersetzungen. Doch ein noch viel stärkerer Anlass dafür, dieses Heft unter das Motto „Menschlichkeit und Vielfalt" zu stellen, waren die Äußerungen des AfD-Politikers Björn Höcke zur Inklusion von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft. In erschreckender – aber bei ihm wenig überraschender – Deutlichkeit hat er erklärt, dass Kinder mit Behinderung im Regelschulsystem einen „Belastungsfaktor" darstellten, was es zu korrigieren gelte. Immer unverhohlener werden von Vertreter:innen dieser Partei auf allen Politikfeldern Positionen vertreten, die Menschen ausgrenzen, diffamieren und abwerten. Das fördert und vertieft Spaltungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Die Landtagswahlen des vergangenen Herbsts haben dies gezeigt, die in diesem Jahr anstehenden Wahlen werden es noch deutlicher ergeben – dafür muss man kein Prophet sein.

Als Einrichtungen und Dienste, die Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung begleiten und ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft unterstützen und ermöglichen wollen, müssen wir solche Tendenzen der Spaltung, Abwertung und Ausgrenzung klar verurteilen und mit allen Kräften die Folgen und Risiken einer solchen Politik aufzeigen. »

Wolfgang Tyrychter
Vorsitzender des CBP
E-Mail: wolfgang.tyrychter@drw.de

Ausgrenzung ist das Gegenteil von Inklusion, sie basiert stets auf einer Negativbewertung der Lebensformen und -möglichkeiten von Menschen. Dies bedeutet nicht, dass Inklusion in der alltäglichen Praxis keine Grenzen hätte, dass sie nicht auch herausfordernd sein kann. Doch muss sie stets Ziel unserer Bemühungen sein, denn alles andere führt zur Separation. Die Caritas steht hingegen für Gemeinschaft, für das Aufeinander-Zugehen und ein Miteinander in Vielfalt. Das mag zeitweise anstrengend sein, ist jedoch alternativlos, weil die gleichen Teilhabechancen und Grundrechte für alle Menschen gelten.

Erstrebenswerte Ziele setzen meist Anstrengung und viel Engagement voraus – das gilt auch für gelingende Inklusion. Nur mit ihr lässt sich die Menschlichkeit leben, die wir aus einem christlichen und menschenrechtlichen Verständnis heraus anstreben und als gesellschaftliches Leitbild annehmen. Jedes Leben hat den gleichen Wert und auch die gleichen Rechte!

Es ist besorgniserregend, dass die berechtigten Anliegen von Lokführer:innen, von Bäuerinnen und Bauern und vielen weiteren Gruppen immer stärker mit den unmenschlichen, destruktiven und ausgrenzenden Zielen der AfD und ihr nahestehender politischer Strömungen verknüpft werden. Auch durch diese Unterwanderung wird Gesellschaft gespalten, werden Interessen mit großem demagogischen Geschick gegeneinander ausgespielt.

Gerade Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung sind stets gefährdet, ausgegrenzt und diskriminiert zu werden; andere gesellschaftliche Gruppen folgen dann schnell.

Nach meiner festen Überzeugung müssen wir dies deutlich ansprechen und den konstruktiven und zusammenführenden Weg einer mitmenschlichen Gesellschaft aufzeigen und ihn selbst überzeugend gehen.

Lassen Sie uns gemeinsam für starke Teilhaberechte und -chancen aller eintreten und immer wieder neu auf Menschen zugehen, denen Ausgrenzung droht! Dafür braucht es Geduld und Anstrengung, eine immer wieder aufs Neue ausgestreckte und zur Hilfe bereite Hand, die Bereitschaft zum Kompromiss und auch Mut.

Das wünsche ich Ihnen und unserer Gesellschaft. Vielen Dank für Ihr starkes Engagement und das gute Miteinander!

Ihr Wolfgang Tyrychter

Inhalt

4 Aktionsplan für inklusives Gesundheitswesen
5 Selbstvertreter Kevin Kampe beim Forum des Bundesverkehrsministers

Schwerpunkt: Menschlichkeit und Vielfalt
6 Gedenken an „Euthanasie“-Opfer Ende Januar 2024
7 Nicht zu übersehen: Franziskuswerk Schönbrunn wirbt direkt an der Kreisstraße für Menschenwürde
8 Barmherzige Brüder Mittelfranken setzten vor der bayerischen Landtagswahl 2023 ein Zeichen für Toleranz
10 Offene Hilfen netzwerken im Sozialraum – auch bei einer bunten politischen Aktion
12 Der Lohner Elternkreis „Next Generation“ protestierte gegen inklusionsfeindliche AfD-Äußerungen
14 Das rollbare Kunstwerk „Engel der Kulturen“ gastierte beim Sozialwerk St. Georg in Schmallenberg
16 Beschäftigte der KJF Werkstätten Straubing diskutierten barrierefrei mit Kandidat:innen zur Landtagswahl 2023
18 Zwischenruf von Selbstvertreterin Sonja Schacht: Mehr Selbstvertretung wagen!
20 Das Vielfalts-Engagement des gesamten CBP in den letzten Jahren, heute und morgen

25 CBP-Digital-Preis 2024
28 Nachgedacht und Impressum

Inflationsausgleichs-Sonderzahlung für rechtliche Betreuer:innen

Am 15. Dezember 2023 hat der Bundesrat die Ausgleichszahlung für rechtliche Betreuer:innen beschlossen und ist damit einem Beschluss des Deutschen Bundestages gefolgt. Das Gesetz zur Regelung einer Inflationsausgleichs-Sonderzahlung sieht vor:

- Seit 1. Januar 2024 erfolgt für Berufsbetreuer:innen eine zusätzliche Inflationsausgleichs-Zahlung von 7,50 Euro pro Betreuung und Monat – befristet auf 24 Monate, also bis Ende 2025.
- Ehrenamtliche Betreuer:innen erhalten eine Sonderzahlung von 24 Euro pro Jahr und Betreuung.

Im vorangegangenen Gesetzgebungsverfahren zur Inflationsausgleichsprämie des Bundesjustizministeriums hatte sich der CBP sehr engagiert für diese Sonderzahlung eingesetzt und gemeinsam mit den Fachverbänden für Menschen mit Behinderung eine Stellungnahme eingereicht, die die Ausgleichszahlung befürwortete, weil den rechtlichen Betreuer:innen eine besondere Rolle in der Verwirklichung der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung zukommt.

Die Sonderzahlung wird bis Ende 2024 evaluiert. Das Bundesjustizministerium soll dem Bundestag hierzu einen Bericht vorlegen. Das Gesetz zur Sonderzahlung wurde im Bundesgesetzblatt am 22. Dezember 2023 verkündet, es trat am 1. Januar 2024 in Kraft (www.recht.bund.de/bgbl/1/2023/391/VO.html).

Die „Gemeinsame Stellungnahme zu einem Gesetzesentwurf zur Regelung einer Inflationsausgleichs-Sonderzahlung und zur Änderung des BetrInASG“ steht – ebenso wie die in den folgenden zwei Beiträgen genannten Stellungnahmen – zum Download unter: www.cbp.caritas.de/der-verband/stellungnahmen/ **ths**

Verbände fordern geeignete Finanzierung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe

Eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe gelingt nur, wenn die Vorgabe des Kostenvorbehalts im SGB VIII aufgehoben wird. Darauf hat im Dezember das breite Bündnis der Mitglieder des Deutschen Behindertenrates, der Wohlfahrtsverbände AWO, Paritätischer Gesamtverband und Diakonie sowie der Fachverbände für Menschen mit Behinderung hingewiesen. Dieser Kostenvorbehalt besagt, dass der leistungsberechtigte Personenkreis, Art und Umfang der Leistungen sowie der Umfang der Kostenbeteiligung gesetzlich auf dem Stand von 2023 eingefroren werden sollen (§ 108 SGB VIII). Der Gesetzgeber schließt damit explizit die Ausweitung des leistungsberechtigten Personenkreises und des Leistungsumfangs aus.

Dies konterkariert die Umsetzung einer bedarfsdeckenden inklusiven Kinder- und Jugendhilfe. Ein Paradigmenwechsel im SGB VIII im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist mit dem Kostenvorbehalt nicht machbar. Die angestrebte Verbesserung der Leistungszugänge und -erbringung sowie das Schließen der Leistungslücken für junge Menschen mit Behinderung und ihre Familien wird nur möglich, wenn die nötige finanzielle Ausstattung gewährleistet ist. Alles andere wäre eine Mogelpackung und ein Verstoß gegen die Umsetzung der UN-BRK in Deutschland. Die Verbände haben die Bundesregierung daher aufgefordert, eine geeignete Finanzierung für die inklusive Kinder- und Jugendhilfe bereitzustellen und damit ihren Verpflichtungen aus der UN-BRK nachzukommen.

Der CBP hat in einer gemeinsamen Stellungnahme mit den weiteren Fachverbänden für Menschen mit Behinderung zum Abschluss des Beteiligungsverfahrens des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mehrere Punkte benannt, die bei einer Reform des SGB VIII besonders in den Blick des Gesetzgebers kommen müssen. Für die Fachverbände ist die Gestaltung eines inklusiven Kinder- und Jugendhilferechts ein zentrales Anliegen. Dabei geht es auch um die Umsetzung der UN-BRK im System des SGB VIII, um dem Ziel der Konvention gemäß jungen Menschen mit Behinderung und ihren Familien eine gleichberechtigte Teilhabe an den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zu ermöglichen.

Dafür sind insbesondere die Regelungen in Buchstabe r) der Präambel und die Artikel 1 und 7 der UN-BRK umzusetzen. Ein inklusives SGB VIII setzt daher wesentlich die dritte Reformstufe des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) voraus. Denn nur eine Zusammenführung der Eingliederungshilfe für alle Kinder und Jugendlichen mit (drohender) Behinderung, unabhängig von der Art der Beeinträchtigung, unter dem Dach des SGB VIII wird dem Inklusionsgedanken gerecht.

Die Fachverbände haben sich im Beteiligungsverfahren der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe mit Stellungnahmen eingebracht. Ihr Eckpunktepapier nimmt nochmals die Aspekte auf, die den Fachverbänden besonders wichtig sind, aber nicht hinreichend im Fokus des Beteiligungsverfahrens des BMFSFJ waren. Insbesondere bewerten sie kritisch, dass die finanziellen Auswirkungen der geplanten Reform nicht im Beteiligungsverfahren besprochen wurden. Zudem sind die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Schnittstellen (zum Beispiel zur psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung) noch nicht im Beteiligungsprozess beraten worden, obwohl sie für die Reform wegweisend sind. **ths**

Stellungnahme zum Antrag der Unionsfraktion „Mehr Tempo für Barrierefreiheit und einen inklusiven Sozialraum“

Zum Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Mehr Tempo für Barrierefreiheit und einen inklusiven Sozialraum“ (Bundestags-Drucksache 20/4676) hat der CBP die vom Ausschuss für Arbeit und Soziales eingeräumte Möglichkeit zur Stellungnahme genutzt, um klarzumachen, dass er in Bezug auf die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung noch dringenden Handlungsbedarf sieht.

Barrierefreiheit in allen Bereichen und Teilhabe in einem inklusiven Sozialraum gehören zum Kernanliegen des grundgesetzlichen Gebots zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet nach Art. 72 a GG, und dabei insbesondere

- die bauliche Barrierefreiheit und Verfügbarkeit von Wohnraum,
- die digitale Barrierefreiheit,
- die barrierefreie Mobilität von Menschen mit Behinderung und
- der barrierefreie und inklusive Sozialraum, insbesondere barrierefreie Kommunikation und barrierefreie Unterstützung bei der Teilhabe von Menschen mit Behinderung und hier vor allem von Menschen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf und mit Schwerst- und Mehrfachbehinderung.

Die bereichsübergreifende Barrierefreiheit wird nicht bundeseinheitlich, sondern durch viele ressortbezogene Bundesgesetze sowie Ländergesetze geregelt, die teilweise voneinander abweichen. Am 20. Mai 2021 wurde zwar das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) verabschiedet, das 2025 in Kraft tritt. Das BFSG bezieht sich jedoch in erster Linie auf digitale Dienstleistungen und Produkte, also auf nur einen Aspekt der Barrierefreiheit.

Darüber hinaus bleibt es bei einer engen Umsetzung der europäischen Vorgaben. Dabei eröffnet das europäische Barrierefreiheitsgesetz (European Accessibility Act – EAA) die Möglichkeit, die Regelungen auch auf die bauliche Umwelt auszuweiten. Durch eine entsprechende Ausdehnung der EAA-Vorgaben würde beispielsweise gewährleistet, dass eine barrierefreie Dienstleistung für Menschen mit Behinderung auch barrierefrei zugänglich würde. **ths**

Gesundheitsversorgung ist für Menschen mit Behinderung längst nicht barrierefrei – Aktionsplan für inklusives Gesundheitswesen

Am Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung (3. Dezember) hat der CBP auf die bestehenden Barrieren und Defizite bei ihrer gesundheitlichen Versorgung hingewiesen. „Für Menschen mit Behinderungen ist es oftmals schwierig, die benötigte ärztliche Behandlung und medizinische Diagnostik zu erhalten“, erklärte der erste Vorsitzende des CBP, Wolfgang Tyrychter, „sie stoßen an vielen Stellen auf Hürden.“

Der CBP fordert von der Politik die umfassende Schaffung eines barrierefreien und inklusiven Gesundheitswesens. „Es müssen gesundheitspolitische Maßnahmen ergriffen werden, damit Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt Zugang zu allen diagnostischen und therapeutischen Leistungen im Gesundheitswesen bekommen“, so Tyrychter weiter. Bisher sind beispielsweise die allgemeinen Gesundheitsleistungen nur eingeschränkt zugänglich, das Angebot an Gesundheitsdiensten für spezifische und komplexe Bedarfslagen reicht nicht aus, und die Angebote für Menschen mit Behinderungen in ambulanten und stationären Einrichtungen des Gesundheitswesens ist unzureichend. Hinzu kommen eine mangelhafte oder fehlende bauliche Barrierefreiheit. Das Gleiche gilt für die Kommunikations- und Umgangskompetenzen des medizinischen Personals gegenüber Patient:innen mit Behinderungen. Auch hinsichtlich bestimmter Krankheitsbilder dieser Patient:innengruppe ist es oftmals unzureichend qualifiziert. Und noch viele weitere Defizite und Barrieren sorgen dafür, dass die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit geistiger, körperlicher, seelischer oder schwerer Mehrfachbehinderung erheblich erschwert ist.

Daher fand im Oktober im Bundesministerium für Gesundheit die Auftaktveranstaltung zum Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen statt, bei der der CBP vertreten war. Das Ministerium möchte im Rahmen des Aktionsplans die Handlungsfelder barrierefreie inklusive Gesundheitsversorgung, Barrierefreiheit in der Langzeitpflege, inklusive Prävention, Inklusion durch Digitalisierung sowie Diversität im Gesundheitswesen in den Blick nehmen. Daneben sollen im Psychiatriedialog die Hilfen für psychisch kranke Menschen weiterentwickelt werden.

Der CBP begrüßt diesen Prozess, der laut Koalitionsvertrag schon bis Ende letzten Jahres hätte abgeschlossen sein sollen. Er hält einen solchen Aktionsplan jedoch nicht für ausreichend. Barrierefreiheit und Zugänglichkeit müssen bei allen gesetzgeberischen Vorhaben berücksichtigt werden, um tatsächlich ein inklusives Gesundheitswesen zu schaffen. Um der Gefahr zu begegnen, dass die besonderen medizinischen und pflegerischen Bedarfe der Patient:innen mit Behinderungen nicht ausreichend berücksichtigt werden, wird der CBP in diesem Anliegen weiter Lobbyarbeit leisten. **ths**

Das Eröffnungspanel mit Kevin Kampe (3. v. re.) und Ute Dohmann-Bannenberg (2. v. re.).

Bilder **Dirk Michael Deckbar/Event Consult GmbH**

Selbstvertreter Kevin Kampe sprach bei einem Forum des Bundesverkehrsministers

Kevin Kampe, der dem Beirat einer CBP-Mitgliedseinrichtung angehört, nahm gemeinsam mit CBP-Referentin Ute Dohmann-Bannenberg an der diesjährigen mFUND-Konferenz „Mobilität für alle: Open Data für einen inklusiven Verkehrssektor" des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr teil, die am 12. Dezember 2023 im dbb Forum in Berlin stattfand. Der mFUND ist das Förderprogramm des Ministeriums für datengetriebene Mobilitätsinnovation. Bei der Konferenz treffen und vernetzen sich die Fördernehmenden des Programms und stellen der Fachöffentlichkeit ihre Projektergebnisse vor.

Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr, betonte in seiner Begrüßungsrede, dass Mobilität die Möglichkeiten für gesellschaftliche Teilhabe erweitere, und ergänzte: „Digitalisierung ist ein Schlüssel, um Barrieren abzubauen und mehr Teilhabe in unserer Gesellschaft zu ermöglichen – gerade für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen."

Auf Basis aktueller Verkehrsdaten und vernetzter Verkehrsangebote ließen sich für die Kunden personalisierte Angebote erstellen. Dazu würden mobile Daten benötigt, und das bedürfe einer mutigen Datenkultur, führte der Minister weiter aus. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft seien aufgefordert, den Umgang mit Daten zu erlernen, denn „ohne Daten keine Digitalisierung". In diesem Zusammenhang hob er das Engagement des CBP hervor und verwies auf dessen aktuell zum dritten Mal ausgelobten Digital-Preis (siehe den Beitrag auf Seite 25).

Das Eröffnungspanel lenkte den Blick aus unterschiedlichen Perspektiven auf das Themenfeld der inklusiven Verkehrsplanung. Kevin Kampe und Ute Dohmann-Bannenberg brachten dazu die Belange der Menschen mit Behinderung ein. Kampe schilderte, dass er bei Fahrten mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) Assistenz benötige. Unsicherheiten in Bus oder Bahn auf Grund seiner Behinderung, aber auch die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten beim Umsteigen würden seine Fahrten bereits behindern. Beispielsweise müsse er dreimal umsteigen, berichtete Kampe, um die 13 Kilometer zu seinem Elternhaus mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen zu können. „Und ich bin einfach zu langsam", so der Selbstvertreter. Das Ziel sei es, die Menschen zu befähigen, selbstständig mit Bus und Bahn unterwegs zu sein, erläuterte Ute Dohmann-Bannenberg. Doch bei diesem Anliegen stießen selbst Begleitpersonen an ihre Grenzen, wenn sich völlig unvorhergesehen Wagenreihungen am Zug ändern würden und eine größere Gruppe von Menschen, viele von ihnen mit Behinderung, in kürzester Zeit vom Bahnsteig-Sektor A nach Sektor E navigiert werden müsse. Die CBP-Referentin fordert mehr Verlässlichkeit im ÖPNV. Das nütze nicht nur Menschen mit Behinderung.

An der Veranstaltung nahmen mehr als 250 Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft und Verbänden teil. **ths**

Kevin Kampe, Ute Dohmann-Bannenberg und Bundesverkehrsminister Volker Wissing.

Menschlichkeit und Vielfalt gilt es zu leben und zu verteidigen

Gedenken an „Euthanasie"-Opfer: Zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar hat der CBP zu Wachsamkeit und Verantwortung in der Gegenwart gemahnt.

Anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2024 hat der CBP der Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung gedacht, die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie"-Morde wurden. Der Verband mahnt angesichts der aktuellen Entwicklungen zu Wachsamkeit und Verantwortung in der Gegenwart.

„Für uns beim CBP ist klar, dass wir uns gegen jegliche Form der Ausgrenzung, Diskriminierung und Abwertung von Menschen aufgrund individueller Merkmale stellen und Position beziehen", macht der erste Vorsitzende des CBP, Wolfgang Tyrychter, deutlich. „Menschlichkeit und Vielfalt sind Werte, für die wir ohne Wenn und Aber einstehen müssen, gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und der schrecklichen ‚Euthanasie'-Morde an Menschen mit Behinderungen im Rahmen der sogenannten T4-Aktion."

Die rechtsextremen Umtriebe und die gesteigerte Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts in jüngster Zeit haben aus Sicht des CBP gezeigt, dass das „Nie wieder!" keineswegs selbstverständlich ist, sondern Menschlichkeit und Vielfalt ständig neu erarbeitet, gelebt und verteidigt werden müssen. Freiheit, Toleranz, Demokratie und Menschenwürde sind die Grundfesten unserer Gesellschaft, für deren Wahrung wir alle verantwortlich sind. Angesichts des gegenwärtigen gesellschaftlichen Klimas erklärt Wolfgang Tyrychter weiter: „Uns ist dennoch wichtig, dass wir mit Menschen, die in Ausgrenzung und Diskriminierung einen Sinn zu sehen scheinen, ins Gespräch kommen und im Gespräch bleiben, um mit Sachargumenten vom Wert der Menschlichkeit und Vielfalt zu überzeugen." Der CBP-Vorsitzende baut auf Aufklärung und Dialog: „Im politischen Raum ist viel zu viel Unsachlichkeit, Emotionalität, Irrationalität und Hetze vorhanden. Dem wollen wir sachlich – aber deutlich – begegnen."

Der CBP ist seit seiner Gründung Mitglied im Förderkreis Gedenkort T4 e.V., der sich für ein würdiges Gedenken der „Euthanasie"-Opfer einsetzt. Der „Gedenk- und Informationsort Tiergartenstraße 4 für die Opfer der NS-‚Euthanasie'-Morde" in Berlin wurde 2014 geschaffen. Er soll die Erinnerung wachhalten, über die Geschehnisse informieren und die Menschen heute zur Verantwortung mahnen. Die „Euthanasie"-Morde an Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung waren in gewisser Weise eine Vorstufe und Erprobung zum Holocaust, zur millionenfachen Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden.

Jedes Jahr um den 27. Januar erinnert die Stiftung Liebenau an die „Euthanasie"-Opfer, dieses Mal vorbereitet mit einer von Aktion Mensch geförderten Workshop-Reihe im ganzen Jahr 2023. Rund 80 Teilnehmende der Gedenkstunde im Kulturschuppen Gleis 1 in Meckenbeuren zeigten sich tief beeindruckt.

Mit eigener Botschaft zwischen Wahlplakaten

Das Franziskuswerk Schönbrunn positionierte sich – und seinen Werbeanhänger – anlässlich der bayerischen Landtagswahl im Herbst 2023.

„Müssen wir wirklich diese Wahlplakate in unserem Dorf dulden?“ Diese Frage kennen sicher viele Einrichtungen mit eigenem Campus und öffentlicher Straßenführung – ungewöhnlich deutlich stellten sie Mitarbeitende des Franziskuswerks weit vor der bayerischen Landtagswahl im Herbst 2023. Diese Reaktion und der eigene Unmut darüber, womöglich eine AfD-Parole vor einem Wohnhaus von Menschen mit geistiger Behinderung zu sehen, brachten die Geschäftsführung auf die Idee: „Wenn wir die Plakate nicht verhindern können, dann drehen wir den Spieß um! Nicht nur Parteien können sich zu anstehenden Wahlen positionieren, wir als Behinderteneinrichtung und größtes Unternehmen im Landkreis können das auch. Gerne in der gleichen plakativen Ausdrucksweise!“

Schon länger nutzt das Franziskuswerk einen Anhänger für Imagewerbung oder Veranstaltungshinweise an der an Schönbrunn vorbeiführenden, hoch frequentierten Kreisstraße. Während des Septembers funktionierte es ihn um für eine eigene „Wahlempfehlung“ in Form eines unübersehbaren „Ortsschilds“. In Anlehnung an die Zeitungsanzeige „Es geht uns alle an“ des CBP und anderer Organisationen kurz zuvor in der „Welt am Sonntag“ posteten wir in den sozialen Medien und in unserem Intranet ein Foto des Anhängers mit folgendem Text:

Verschiedene Parteien zündeln mit populistischen Parolen, Vertreter der AfD treiben dies mit der verbotenen SA-Losung „Alles für Deutschland“ ungestraft auf die Spitze. Die AfD hat wiederholt deutlich gemacht, dass sie die Würde des Menschen als Individuum, die Universalität von Menschenrechten und damit die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft in Frage stellt. Als Franziskuswerk treten wir ein für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen – unabhängig von Herkunft, Behinderung, Geschlecht, Religion oder sexueller Identität. Dafür setzen wir an unserem Ortseingang ein gut sichtbares Zeichen: „Alles für Menschenwürde“ statt „Alles für Deutschland“. Es geht uns alle an. Wir alle sind gefordert. Die Alarmzeichen sind nicht zu übersehen.

Zugegeben, die Reaktionen in den sozialen Medien waren überschaubar (sie lagen deutlich über dem Durchschnitt sonstiger Posts, aber auch nicht mehr). Eine durchaus verzichtbare, aber erwartete Reaktion der AfD blieb aus. Wirklich durchschlagenden Erfolg hatte die Aktion jedoch bei den Mitarbeiter:innen. Kaum ein Beitrag im Intranet wurde jemals so geliked und positiv kommentiert, viele wandten sich auch direkt an uns als ihre Geschäftsführung. Die zentrale Rückmeldung: Ja, dafür stehen wir als Franziskuswerk! Positioniert und zeigt euch unbedingt weiter deutlich mit solch klaren Statements in der Öffentlichkeit!

Bild **Bild Franziskuswerk Schönbrunn**

Tausende Autofahrer:innen auf der nahen Kreisstraße wurden täglich mit der Botschaft des Franziskuswerks Schönbrunn konfrontiert.

Diese Aktion hat uns Mut gemacht, auch künftig Farbe zu bekennen und deutlich zu zeigen, wofür wir als Personen wie als Organisation stehen: für Menschenwürde, für die tägliche Umsetzung der Menschenrechte. Nicht zuletzt haben wir – und andere! – anzuerkennen, dass ein Unternehmen wie das Franziskuswerk, das täglich mehr als 2000 Menschen assistiert, sie pflegt, ausbildet, erzieht, therapiert oder in anderer Form begleitet, einen relevanten gesellschaftlichen Akteur in der Region darstellt. Und deshalb müssen wir die Stimme erheben, gerade wenn politische Tendenzen in eine Menschen ausgrenzende und demokratiegefährdende Richtung laufen.

Markus Holl
Geschäftsführer beim Franziskuswerk Schönbrunn
E-Mail: markus.holl@franziskuswerk.de

Bild **Markus Müller (per fliegender Kamera)**

Mit ausreichend Perspektive erweist sich: Die große Mehrheit im Lande steht für Vielfalt ein. So auch bei der Aktion der Barmherzigen Brüder Mittelfranken (s. hier und Titelfoto).

Menschlichkeit zeigt sich in Vielfalt

Ein Zeichen für Toleranz, kurz vor der Landtagswahl: Barmherzige Brüder Mittelfranken erstellten ein Kurzvideo und Drohnenfotos mit vielen Mitarbeitenden und Klient:innen

Mitarbeitende laufen Arm in Arm mit Bewohner:innen in den Klostergarten, bunte Fähnchen werden geschwenkt, eine Tanzgruppe sorgt zu lauter Musik für gute Laune, während Rollstühle auf den Rasen fahren – und schließlich hebt die Kamera-Drohne ab und alle winken begeistert Richtung Himmel: Anfang September gab es bei den Barmherzigen Brüdern der Region Mittelfranken einen Videodreh, mit dem die Haus- und Dienstgemeinschaft ein Zeichen für Vielfalt und Toleranz setzte.

Rund 200 Klient:innen aus den Bereichen Wohnen, Werk- und Förderstätte sowie Mitarbeitende aus verschiedensten Bereichen waren dem Aufruf des CBP gefolgt, sich gemeinsam der Ausgrenzung und Abwertung von Menschen mit Behinderung entgegenzustellen.

Betroffen von menschenfeindlichen Aussagen verschiedener AfD-Politiker:innen und dem gleichzeitigen Stimmenzuwachs für rechte Parteien, den Umfragen in der Bevölkerung prognostizieren, sah sich die gemeinnützige Behindertenhilfe GmbH der Barmherzigen Brüder Mittelfranken gefordert, Stellung zu beziehen. Der Aufruf des CBP kurz vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen, die Aktion „Es geht uns alle an“ zu unterstützen, kam hier also zum richtigen Zeitpunkt (www.cbp.caritas.de/news – Meldung vom 28.8.2023).

Bereits im Mai 2023 hatte die Behindertenhilfe-Einrichtung zu einer politischen Podiumsdiskussion in Leichter Sprache eingeladen, bei der sich die Landtagskandidat:innen des regionalen Stimmkreises den Fragen der Menschen mit und ohne Behinderung stellten. Themen waren beispielsweise das Bundesteilhabegesetz, barrierefreier Wohnraum, Löhne für Beschäftigte der Werkstätten, das Gehörlosengesetz sowie Mobilität und Sicherheit im Straßenverkehr.

Nach kurzem kreativen Austausch stand für die Verantwortlichen der Barmherzigen Brüder Region Mittelfranken fest, dass ein Kurzvideo wohl die beste Möglichkeit ist, die Vielfalt in der Welt wie im eigenen Hause zu zeigen. Der Plan nahm Form an, und so wurde ein Hobbyfotograf angefragt, ob er mit seiner an einer Drohne befestigten Kamera das bunte Treiben filmen wollte. Ein Rundschreiben der Geschäftsführung informierte alle Mitarbeitenden über die Aktion des CBP und vieler weiterer Verbände mit dem Aufruf, sie zu unterstützen. Der Zusammenhalt in der Einrichtung ließ den Plan in kürzester Zeit Realität werden.

Gemeinschaft gibt ein starkes Bild ab

Am 8. September 2023 versammelte sich die gesamte Haus- und Dienstgemeinschaft der Barmherzigen Brüder am Standort Gremsdorf im Garten. Verwaltungsmitarbeitende unterstützten das Personal in den Wohnangeboten und Förderstätten und organisierten Hol- und Bringdienste, um allen Klient:innen mit starken körperlichen Beeinträchtigungen die Teilnahme an der Aktion zu ermöglichen.

Das Zusammenströmen der Menschen aus den verschiedenen Bereichen, der Klang lauter Musik und die liebevoll einstudierten Tänze der einrichtungseigenen Tanzgruppe Lollipops sorgten bei allen Teilnehmenden, mitten in der warmen Sommersonne, für Gänsehaut. Lange flog die Drohne des Fotografen über die Köpfe aller hinweg und nahm das Schwenken der zahllosen Regenbogenfahnen auf, des bekannten Symbols für Vielfalt und Toleranz.

Insgesamt war es eine tolle Aktion, die ohne den Zusammenhalt und das eindeutige Engagement #gegenrechts und #fürinklusion der Haus- und Dienstgemeinschaft der Barmherzigen Brüder Mittelfranken so nicht möglich gewesen wäre. Wir bedanken uns beim CBP für das Initiieren einer solch starken Aktion und natürlich bei allen #herzensmenschen, die ihre Umsetzung ermöglicht haben und das Anliegen weiterhin unterstützen.

Das in den sozialen Medien veröffentlichte Video wurde in kürzester Zeit über 10.000-mal angeschaut und konnte somit viele Menschen auf die Relevanz und Aktualität des Themas aufmerksam machen. Auch nach der Wahl bleibt es unvermindert wichtig, dass sich die Zivilgesellschaft gemeinsam und entschlossen der Gefahr, die von rechtsextremen Ideologien ausgeht, entgegenstellt. Weil … es geht uns alle an!

Michelle Fischer
Öffentlichkeitsarbeit, Barmherzige Brüder gemeinnützige Behindertenhilfe GmbH, Region Mittelfranken
E-Mail: michelle.fischer@barmherzige-gremsdorf.de

Das Kurzvideo ist auf den Social-Media-Kanälen der Barmherzigen Brüder Mittelfranken zu finden. Scannen Sie hierfür den nebenstehenden QR-Code. Außerdem auf Youtube unter: www.youtube.com/watch?v=ZPpY3S6bOOQ

Bilder **Barmherzige Brüder Mittelfranken**

Geschäftsführerin Ute Häußer bedankt sich bei allen #herzensmenschen für die Teilnahme.

Die Tanzgruppe Lillipops macht zu lauter Musik Stimmung und zeigt liebevoll einstudierte Tänze.

„Alleine stark, gemeinsam unschlagbar“: Offene Hilfen netzwerken im Sozialraum

Genauso wie sie mit vielen Akteuren die Barrierefreiheit konkret voranbringen, setzen die Offenen Hilfen von Regens Wagner in Memmingen auch bei politischen Aktivitäten auf das Verbindende im Sozialraum.

In Gemeinschaftsarbeit entstanden, lud das Straßenkreide-Kunstwerk am Memminger Theaterplatz die vielen vorbeikommenden Passanten:innen zum Stehenbleiben, Ins-Gespräch-Kommen und Mitmachen ein.

„Barrierefreiheit beginnt nicht im Kopf, und Inklusion ist nicht einfach eine Frage der Haltung. Für Menschen mit Behinderung sind es Menschenrechte, keine Gedankenspiele“, sagte Raúl Aguayo-Krauthausen, Deutschlands bekanntester Aktivist für Inklusion und Barrierefreiheit. Er beschrieb damit auch das Selbstverständnis der Offenen Hilfen von Regens Wagner in Memmingen. „Unser Dienst versteht sich als ein Akteur, der sich für Inklusion und die Rechte von Menschen mit Behinderung in Memmingen und dem Unterallgäu einsetzt“, erklärt Bereichsleiterin Gertrud Bliemert-Prestele das Selbstverständnis des Dienstes. Als „Kenner“ und „Netzwerker“ im Sozialraum sei er diesem verpflichtet – durchaus auch mit tatkräftigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Hierbei stehen Begegnungen auf Augenhöhe, barrierefreie Teilhabe und die direkte Beteiligung im Vordergrund, um Berührungsängste und Vorurteile abzubauen. Den Offenen Hilfen ist es wichtig, fortwährend Inklusionsprojekte anzustoßen.

Auch ein konstruktiver Austausch mit der örtlichen sowie der regionalen Politik ist eine Grundlage, um auf eine inklusive Gesellschaft hinzuwirken. So wurden anlässlich der Oberbürgermeister-Wahl alle Kandidat:innen eingeladen. Mit einem Quiz rund um das Thema Inklusion fragten die Offenen Hilfen die Kenntnisse aller Beteiligten zur UN-Behindertenrechtskonvention ab, wiesen aber auch auf Missstände in der Stadt hin, zum Beispiel auf unüberwindbare Pflasterbeläge und den Mangel an bezahlbarem barrierefreien Wohnraum. Beteiligt war der Dienst auch bei der Formulierung eines Offenen Briefs des Behindertenbeirats an den AfD-Landtags-Kandidaten des Wahlkreises, mit der Aufforderung zur Stellungnahme zu den besorgniserregenden Äußerungen der AfD in Bezug auf die inklusive Beschulung von Kindern mit Behinderung.

Anlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 2. Mai 2023 bot der Dienst eine Straßenkreide-Aktion auf dem Theaterplatz in Memmingen an. Gemein-

Bilder **Regens Wagner Memmingen**

Bei der Aktion auf dem Memminger Theaterplatz entstand ein buntes, riesiges Kunstwerk mitten in der Innenstadt.

sam mit dem Memminger Behinderten-Beirat zeigte er unter dem Motto „Barrieren überwinden, zueinander finden“ die unterschiedlichsten Hürden im Alltag auf und machte die Wichtigkeit eines guten Miteinanders deutlich. Im Laufe des Tages entstand unter Anleitung der Künstlerin Franziska Schißler das Straßenkreide-Kunstwerk. Sie gestaltete das bunte Riesenwerk gemeinsam mit Klienten:innen der Eingliederungshilfe sowie Schüler:innen der Schule für Heilerziehungspflege und vielen vorbeikommenden Passant:innen.

Zeitgleich gab es Stadtführungen unter dem Motto „Stadtrundgang Memmingen – mit allen Sinnen“ . Die Teilnehmenden konnten selbst Erfahrungen darin sammeln, welche Alltagsprobleme Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen täglich zu meistern haben. Die Stadterkundungen wurden vom Behinderten-Beirat in Zusammenarbeit mit der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung und dem Projektbüro Stadt der Freiheitsrechte organisiert. Im Rahmen des 20-jährigen Bestehens der Offenen Hilfen fand außerdem ein inklusiver Graffiti-Workshop in Kooperation mit dem Gymnasium Ottobeuren statt. Das gemeinsame Kreativwerden gelang ohne jegliche Berührungsängste zwischen allen Teilnehmenden. Die Anleitenden des Projekts achteten darauf, dass sich jede:r gleichberechtigt einbringen konnte, so dass gegenseitige Inspiration zustande kommen konnte. Das entstandene Graffito mit dem Slogan „alleine stark – gemeinsam unschlagbar“ begeisterte die Besucher:innen am „Tag der offenen Tür“ zum Jubiläum und motivierte sie, sich auch selbst als Sprayer zu versuchen.

Regina Sproll
Regens Wagner Offene Hilfen
im Landkreis Unterallgäu und in der Stadt Memmingen
E-Mail: regina.sproll@regens-wagner.de

Das bei einem Workshop entstandene Graffito begeisterte Besucher:innen am „Tag der offenen Tür“.

Viele Menschen mit und ohne Behinderung protestierten im niedersächsischen Vechta gegen die inklusionsfeindlichen Aussagen des AfD-Politikers Björn Höcke.

Bilder **Kattinger**

Hand in Hand für Inklusion

Der Lohner Elternkreis „Next Generation“ protestierte gegen AfD-Äußerungen, und in der Innenstadt von Vechta bildeten rund 300 Demonstrierende mit und ohne Behinderung eine Menschenkette.

Mit einer Menschenkette unter dem Motto „Haltung statt Spaltung. Inklusion ist Menschenrecht“ protestierten am 27. September 2023 gut 300 Menschen in Vechta gegen Aussagen des AfD-Politikers Björn Höcke zum Thema Inklusion, unter ihnen viele Erwachsene und Kinder mit Beeinträchtigung. Dazu aufgerufen hatte der „Elternkreis Next Generation“ in Lohne – eine Selbsthilfegruppe, die aus rund 20 Familien von Kindern mit Beeinträchtigung besteht.

„Gelebte und gelungene Inklusion ist eine Bereicherung für uns alle“, sagte Initiatorin Nicole Nordlohne zu Beginn. „Kinder mit Beeinträchtigung halten nicht vom Lernen ab“, so die Mutter einer verstorbenen schwerstbehinderten Tochter, die beruflich als Referentin für Behindertenhilfe beim Landes-Caritasverband für Oldenburg arbeitet. „Wer hat das Recht, diese Leben zu beurteilen oder über uns zu urteilen?“ fragte sie vor Beginn der Menschenkette.

Treffpunkt war der Gedenkstein in der Vechtaer Juttastraße, der seit 1981 an die zerstörte Synagoge der Kreisstadt erinnert. Nordlohne gedachte der Ereignisse in der Zeit des Nationalsozialismus, als „Mitbürger und Nachbarn plötzlich zu Fremden und Geächteten wurden“. Und weiter: „Die unverhüllten Äußerungen zu Menschen mit Behinderung machen uns Angst.“ Der rechtsextreme AfD-Politi-

Rund 300 Demonstrant:innen mit und ohne Behinderung säumten eine Seite der Großen Straße in Vechta.

ker Björn Höcke hatte im Sommerinterview mit dem Mitteldeutschen Rundfunk geäußert, die schulische Inklusion sei ein „Ideologieprojekt", von dem das Bildungssystem „befreit" werden müsse. Wörtlich sagte Höcke: „Alles das sind Projekte, die unsere Schüler nicht weiterbringen, die unsere Kinder nicht leistungsfähiger machen und die nicht dazu führen, dass wir aus unseren Kindern und Jugendlichen die Fachkräfte der Zukunft machen."

Ihre tiefe Erschütterung und Empörung über diese Aussagen, aber auch ihre Entschlossenheit, etwas dagegen zu setzen, zeigten die Demonstrierenden mit Plakaten, auf denen stand: „Wir sind so und nicht anders" oder „Wir gehen geradeaus in die Regelschule. Nicht rechts" oder „So etwas wie Höcke darf keine Schule machen."

Im Anschluss an ihre Demonstration säumten Menschen mit und ohne Behinderung 30 Minuten lang schweigend mehrere hundert Meter einer Seite der zentralen Einkaufsstraße der Kreisstadt.

Dietmar Kattinger
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Landes-Caritasverband für Oldenburg e.V.
E-Mail: kattinger@lcv-oldenburg.de

Für die, die nicht zu den Lauten gehören

Das rollbare Kunstwerk „Engel der Kulturen“ gastierte beim Sozialwerk St. Georg in Schmallenberg.

In einer Zeit globaler Unruhen und gesellschaftlicher Herausforderungen braucht es Initiativen, die Menschen zusammenführen. Initiativen, durch die sie ihrer Sehnsucht nach Frieden in der Welt, nach Toleranz, Respekt und Gemeinsamkeit Ausdruck verleihen können. Um ein Zeichen zu setzen.

Das Kunstprojekt „Engel der Kulturen“ ist eine solche Initiative. In mehr als 140 Städten weltweit machte das Künstlerpaar Gregor Merten und Carmen Dietrich mit seiner kreisrunden Skulptur bereits Station. Die Aktionen stehen für ein friedliches und respektvolles Miteinander der Kulturen und Religionsgemeinschaften. Das Sozialwerk St. Georg holte den „Engel der Kulturen“ im November 2023 nach Schmallenberg in Nordrhein-Westfalen. Rund 550 Menschen beteiligten sich an der Veranstaltung: Mitarbeitende und Klient:innen aus dem Sozialwerk St. Georg genauso wie Bürger:innen aus Schmallenberg und Umgebung, Schüler:innen und Kita-Kinder.

Geplant war die Aktion schon länger, konkreter wurde es dann ab Sommer 2023, berichtet Gitta Bernshausen, Vorständin im Sozialwerk St. Georg und treibende Kraft für die Einladung an den „Engel der Kulturen“. „Obwohl wir insbesondere bei den politischen Vertreter:innen der Stadt Schmallenberg auf große Skepsis mit unserem Vorhaben gestoßen sind.“ Man hört die Enttäuschung immer noch in ihrer Stimme. Doch in der Überzeugung, dass es eine öffentliche Plattform braucht, auf der die Menschen ihren „Traum vom Zusammenleben in Vielfalt und Verschiedenheit erfahren und fühlen können“, setzte das Team rund um Gitta Bernshausen seine Planungen für die weltweit beachtete Kunstaktion unbeirrt fort. Ihre Motivati-

Bilder **Sozialwerk St. Georg**

Der „Engel der Kulturen“ wird durch das sauerländische Schmallenberg gerollt.

Mit der Skulptur lassen sich Sandabdrücke des Engels erzeugen.

on wurde nach den Terroranschlägen der Hamas auf Kibbuze und ein Musikfestival Anfang Oktober „noch drängender", berichtet sie. „Der 7. Oktober hat deutlich gemacht, dass wir Möglichkeitsräume schaffen müssen für Bekenntnisse – auch und insbesondere für die Menschen im Sozialwerk, die nicht zu den Lauten gehören, aber trotzdem das Bedürfnis haben, sich öffentlich für Frieden und Freiheit zu engagieren."

Er habe manchmal das Gefühl, auf der ganzen Welt gebe es nur Krieg, erzählt Kevin Stracke. Er lebt in einer Wohneinrichtung des Sozialwerks St. Georg in Schmallenberg. Bei der Veranstaltung rund um den „Engel der Kulturen" hat er Fürbitten vorgelesen. Trotz seiner Hemmnisse, „vor über 500 Menschen etwas vorzutragen zu müssen. Ich habe nicht das Selbstbewusstsein, das man eigentlich dafür haben müsste. Und ich fühle mich nicht wohl in großen Menschenmengen. Deshalb war ich sehr nervös. Tatsächlich hat mir das Vorlesen viele Sorgen von den Schultern genommen. Ich habe mich sogar von der Menge geschützt gefühlt. Das hätte ich nie erwartet. Es hat mir Kraft gegeben, dass dort so viele Menschen waren, die alle die gleichen Gefühle haben wie ich." Ähnlich ging es Cassandra, einer elfjährigen Schülerin, die in einer Einrichtung der Kinder & JugendRäume des Sozialwerks lebt: „Alle, die da waren, sind gegen den Krieg. Das war cool!" Auch Wochen nach dem „Engel der Kulturen" kann sie „ihre" Fürbitte noch auswendig aufsagen.

Die Begeisterung insbesondere von Kindern und Jugendlichen berührte Gitta Bernshausen sehr: „Sie brauchten keine historische Expertise, um mit Feuereifer dabei zu sein und Zeugnis abzulegen. Die Kinder hatten einfach das Gefühl, dass es jetzt wichtig ist, sich für eine vielfältige und friedliche Gesellschaft einzusetzen." Bestärkt wird sie von Kevin Stracke: „Wir waren an dem Tag alle verbunden, obwohl wir uns sonst wahrscheinlich nie begegnet wären. Große und Kleine, Alte und Junge, Menschen mit verschiedenen Nationalitäten oder auch mit und ohne Assistenzbedarf. Und alle haben hingeschaut darauf, was mit Menschen in anderen Ländern passiert."

Alexandra Aulbach
Referat für Presse-/Öffentlichkeitsarbeit
und Fundraising,
Sozialwerk St. Georg e.V.
E-Mail: a.aulbach@sozialwerk-st-georg.de

ÜBER DEN ENGEL DER KULTUREN

Die Künstler Gregor Merten und Carmen Dietrich aus Burscheid (Foto) schufen den „Engel der Kulturen" und fördern seit 2008 damit zahlreiche Aktionen zum interkulturellen und interreligiösen Austausch. Eine runde, 1,50 Meter große Skulptur, die die Symbole von Judentum, Christentum und Islam vereint und eine Engelsfigur bildet, steht dabei im Zentrum. Diese Skulptur wird bei Veranstaltungen durch Städte gerollt. Entlang der Wegstrecke lassen sich mithilfe der Skulptur Sandabdrücke des Engels erzeugen. Höhepunkt ist regelmäßig das gemeinsame Verlegen einer dauerhaften Bodenintarsie. Ziel ist es, eine Säule aus den bei den Aktionen gesammelten Formen zu erschaffen und diese schließlich in Jerusalem aufzustellen. Mehr: www.engel-der-kulturen.de

Politische Teilhabe von Menschen mit Lernschwierigkeiten

Beschäftigte der KJF Werkstätten Straubing diskutierten barrierefrei mit Kandidat:innen zur Landtagswahl 2023 in Bayern.

Bilder **KJF Werkstätten Straubing**

„Über mich“: Feride Niedermeier von den Grünen stellt sich vor und gibt nach zwei Minuten das Mikrofon an einen Politikerkollegen weiter.

Unter der Schirmherrschaft des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, Holger Kiesel, gab es am 6. September 2023 in den KJF Werkstätten Sankt Josef in Straubing eine Podiumsdiskussion. Die Direkt-Kandidat:innen der im Landtag vertretenen Parteien stellten sich den Fragen der Beschäftigten, und zwar – dies war das Besondere an dieser Veranstaltung – im Zeichen der Leichten Sprache.

Im Frühjahr 2023 hatte es eine vorbereitende Gesprächsrunde gegeben mit Evi Feldmeier, Geschäftsführerin der KJF Werkstätten gGmbH; Ingrid Schultes, Einrichtungsleiterin der Straubinger Werkstätten Sankt Josef; Sebastian Müller, Leiter des Büros für Leichte Sprache „sag's einfach“ der KJF Regensburg, und Mario Franz, Leiter der Prüfgruppe für Leichte Sprache „einfach g'macht“ der Straubinger Werkstätten. Es wurden verschiedene Möglichkeiten erörtert, wie die Strukturen hinsichtlich Leichter Sprache in den KJF Werkstätten weiterentwickelt werden könnten. Sebastian Müller brachte die Idee ins Spiel, aktuelle Themen aus dem Spektrum der politischen Bildung aufzugreifen. Die Runde spann den Faden weiter: Im Hinblick auf die im Oktober 2023 anstehenden Landtagswahlen kam die konkrete Idee auf, die Direkt-Kandidat:innen der im Bayerischen Landtag vertretenen großen Parteien in Leichter Sprache zu interviewen. So könnten sich Menschen mit Lernschwierigkeiten ein besseres Bild von den Politiker:innen und ihren Anschauungen machen. Die Prüfgruppe der Straubinger Werkstätte sollte Themen und Fragen erarbeiten. Daraus entstanden „Wahlprüfsteine“ zu diesen Schwerpunkten:

- Über mich;
- Leichte Sprache und Barrierefreiheit;
- Pflege und Assistenz;
- Krieg in der Ukraine;
- Zukunft.

Die Wahlprüfsteine wurden den Parteipolitiker:innen zugesandt, ihre Rückmeldungen in Leichte Sprache übersetzt und den Mitarbeiter:innen der Werkstätte zur Verfügung gestellt.

Getreu dem Gedanken gelebter Inklusion entwickelte sich aus der Interview-Idee schlussendlich eine barrierefreie Diskussionsrunde. Die Direkt-Kandidat:innen kamen in die KJF Werkstätten nach Straubing und bemühten sich, ihre Reden so nah wie möglich an den Regeln der Leichten Sprache zu orientieren. Jede Politikerin und jeder Politiker bekam eine Sprechzeit von zwei Minuten zum jeweiligen Themenblock. Für die Veranstaltung konnten gewonnen werden:

- Josef Zellmeier (CSU, auf untenstehendem Foto 1. v. re., stehend);
- Marvin Kliem (SPD, vordere Reihe stehend 2. v. li.);
- Feride Niedermeier (Bündnis 90/Die Grünen, vorn 4. v. li.);
- Tobias Beck (Freie Wähler, hinten stehend 3. v. li.);
- Julian Kofler (FDP), vertreten von Michael Deller (stehend 2. v. re.).

Moderiert wurde die Veranstaltung durch Erika Stelzl, Vorsitzende des Werkstattrates in Mitterfels und stellvertretende Bezirkssprecherin des Bezirks-Arbeitskreises (BAK) der Werkstatträte Niederbayern, sowie durch Markus Beck, Vertrauensperson des Werkstattrates. Beide führten präzise und geschickt durch das Programm. Dabei ließen sie jeder Rednerin und jedem Redner genug Raum für ihre Ausführungen zu den verschiedenen Wahlprüfsteinen, ohne den zeitlichen Rahmen zu sehr zu strapazieren.

Die Podiumsdiskussion war sehr gut besucht. Das Angebot, sich über die unterschiedlichen Anschauungen der Politiker:innen zu informieren – und dies in verständlicher Sprache – fand großen Zuspruch bei den Beschäftigten der Straubinger und Mitterfelser Werkstätten sowie auch den Interessensvertretern der Barmherzigen Brüder Straubing. Auch die Möglichkeit, den Kandidat:innen direkt Fragen zu stellen, wurde ausgiebig genutzt. Zum Abschluss nahmen sich die Volksvertreter:innen noch Zeit für Fotos und kurze Gespräche mit den Mitarbeiter:innen mit Behinderung der Werkstätten.

Die vielen positiven Rückmeldungen aus der Zielgruppe der Leichten Sprache lassen nur ein Fazit zu: Die Diskussionsrunde war ein voller Erfolg. Alle Anwesenden konnten sich gut zu den unterschiedlichen Themenbereichen informieren. Mancher und manchem fiel die Wahlentscheidung nach dieser Veranstaltung leichter.

Demokratie – Teilhabe – Inklusion: drei Schlagwörter, die durch Leichte Sprache einfacher gemacht und mit Leben gefüllt werden.

Mario Franz, Markus Beck
KJF Werkstätten Straubing
E-Mail: markus.beck@kjf-werkstaetten.de
mario.franz@kjf-werkstaetten.de

Ein Zeichen von Verbundenheit und gegenseitigem Respekt: Zum Abschluss der gelungenen Veranstaltung mischten sich die fünf Politiker:innen für ein Foto unter ihre Zuhörerschaft.

Bild privat

MEHR SELBSTVERTRETUNG WAGEN!

Zwischenruf von Sonja Schacht, Selbstvertreterin

Ich bin Sonja Schacht und setze mich für Barrierefreiheit und politische Teilhabe ein. Ich arbeite mit beim Projekt Mölln Inklusiv[1]. Mölln Inklusiv ist ein Projekt vom Don Bosco-Haus für das behinderte Kind e. V., dem Lebenshilfewerk Kreis Herzogtum Lauenburg und der Stadt Mölln. Das Projekt wird von der Aktion Mensch und dem Land Schleswig-Holstein gefördert. Das bedeutet: Für das Projekt bekommen wir Geld.

Ich möchte Mölln für Menschen mit Behinderung inklusiver machen. Das heißt, dass in der Stadt Barrieren abgebaut werden sollen. Es braucht vor allem mehr barrierefreie Informationen. Nur dann ist Teilhabe für alle Menschen möglich.

Das Projekt Mölln inklusiv hat ein Leitbild aufgeschrieben. Da habe ich mitgearbeitet. Mir war wichtig, dass im Projekt die Wünsche von Menschen mit viel Assistenzbedarf berücksichtigt werden.

Das Projekt hat ein eigenes Logo. Schulen und Kulturgruppen haben Entwürfe für ein Logo eingereicht. Bei der Eröffnung der Logo-Ausstellung habe ich eine Rede gehalten. Das war mir wichtig. Früher hätte ich mich das nicht getraut.

Mit Mölln inklusiv mache ich Aktionen über Inklusion. Damit in Mölln mehr Menschen etwas über Inklusion erfahren. Eine Aktion war der Städtetest zur Barrierefreiheit. Eine weitere Aktion war das Inklusionsfest. Da habe ich auch eine Rede gehalten. Davor war ich sehr aufgeregt. Ich bin froh, dass ich mich getraut habe. Bei dem Inklusionsfest habe ich viele Menschen kennen gelernt. Das ist wichtig für mich.

Ich bin auch als Zielgruppenvertreterin Mitglied in der Lenkungsgruppe. Die Lenkungsgruppe beschließt, was im Projekt Mölln Inklusiv passieren soll. Die Arbeit macht mir sehr viel Spaß. Im Januar 2024 gibt es viele Treffen mit Beschäftigten der Lebenshilfe-Werkstatt und Bewohner:innen des Don Bosco-Hauses. Da wird das Projekt auch von mir vorgestellt. Gemeinsam werden Ideen zur Inklusion gesammelt. Hoffentlich machen viele Leute mit.

Für Politik interessiere ich mich schon länger. Ich bin im politischen Gesprächskreis aktiv. Wir sind eine Gruppe von etwa zehn Personen. Wir tauschen uns über politische Themen aus. Wir haben schon über Wahlen gesprochen, über unsere Umwelt und auch über Bildungsmöglichkeiten. Ich habe in der Vergangenheit an Wahlen teilgenommen, unter anderem bei der Bundestagswahl, bei der Kommunalwahl, der Bürgermeisterwahl und der Landtagswahl. Bei der Wahl brauche ich Assistenz. Ich kann nicht alleine wählen. Das finde ich nicht gut. Ich weiß nicht, wie man das anders machen kann.

Im politischen Gesprächskreis informieren wir uns über die unterschiedlichen Parteien und deren Wahlprogramme. Einige sind auch in Leichter Sprache geschrieben, aber nicht alle. In den Wahlprogrammen steht wenig oder auch gar nichts über Inklusion und die UN-Behindertenrechtskonvention. Das finde ich nicht gut. So weiß ich nicht, welche Partei sich für mich einsetzt. Ich fordere dazu auf, dass sich alle Parteien mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention befassen. Sie sollen konkrete Vorschläge zur Umsetzung machen. Sonst wird sich nichts ändern.

Wir haben im politischen Gesprächskreis auch über die Aufgaben eines Beirats für Menschen mit Behinderung gesprochen. In Mölln haben wir keinen Beirat. In Mölln gibt es einen Beauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderung. Einen Beirat finde ich besser. Da könnte ich mitmachen. Ich möchte mich in diesem Jahr für einen Beirat einsetzen.

Ich spreche mit Hilfe eines Sprachcomputers. Mein Sprachcomputer hat viele Piktogramme. Ich brauche Zeit, um etwas zu sagen. Deswegen hören mir oft Menschen nicht zu. Oft denken sie, ich verstehe nichts. Das ärgert mich sehr. Ich verstehe sie sehr gut. Schwierige Wörter lasse ich mir erklären.

Im November habe ich am Kongress über Unterstützte Kommunikation in Leipzig teilgenommen. Da habe ich unterstützt kommunizierende Menschen getroffen. Wir haben uns viel ausgetauscht. Der Austausch mit anderen Menschen ist mir sehr wichtig. Zusammen können wir mehr erreichen. Ich werde an der Volkshochschule Mölln einen Workshop zum Thema Selbstvertretung geben. Da möchte ich Menschen dazu ermutigen, ihre Rechte einzufordern.

Mit diesem Text möchte ich anderen Menschen Mut machen. Selbstvertreterinnen und Selbstvertreter sollten sich trauen, Texte zu schreiben. Ich wünsche mir auch, dass mehr Zeitschriften die Texte drucken. Ich freue mich, dass Sie meinen Text gelesen haben!

Sonja Schacht
Don Bosco-Haus für das behinderte Kind e. V.
E-Mail: sonja.schacht1968@gmail.com

Anmerkung

1. Mehr zum Projekt: www.aktion-mensch.de/dafuer-stehen-wir/das-bewirken-wir/foerderprojekte/moelln-inklusiv

Das Engagement des CBP für Menschlichkeit und Vielfalt

Ein Überblick über die gesellschaftspolitischen Aktivitäten des Verbandes in den zurückliegenden Jahren, heute und morgen.

Das Engagement das CBP gegen Diskriminierung und Ausgrenzung – anders gesagt: für Menschlichkeit und Vielfalt – reicht bereits einige Jahre zurück. So war der Verband 2018 und 2019 an den beiden Zeitungsanzeigen beteiligt, mit denen sich schon damals ein breites Bündnis von Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft gegen das Auftreten und die Ziele von Parteien wie der Alternative für Deutschland (AfD) und anderer rechter Bewegungen gewandt hatte.

Im Corona-Jahr 2020 gehörte der CBP zu den Initiatoren der gemeinsamen Aktion „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt", die sich gründete, um die bisherigen, erfolgreichen Kommunikationsaktivitäten fortzusetzen und sich insbesondere im Vorfeld der Bundestagswahl klar gegen jegliche Form der Ausgrenzung und Spaltung zu positionieren. Dabei handelte es sich um kein festes Verbändebündnis, sondern um einen losen Zusammenschluss von Organisationen der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie, deren Grundlage die gemeinsame Erklärung „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt – Gemeinsam gegen Ausgrenzung und Diskriminierung" war. Die beeindruckende Zahl von mehr als 700 Organisationen hatte die Erklärung unterzeichnet. Ziel der Aktivitäten war es, im „Superwahljahr" 2021 mit Bundestagswahl und einigen Landtags- und Kommunalwahlen ein starkes Zeichen für Demokratie und gegen Diskriminierung zu setzen, klare Haltung gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu zeigen sowie vor Hetze und Stimmungsmache rechter Akteur:innen wie der AfD und ähnlicher Bewegungen zu warnen.

Im unmittelbaren Vorfeld der Bundestagswahl sowie der Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern am 26. September 2021 beschlossen die Initiator:innen, den Ton der gemeinsamen Kampagne etwas lauter werden zu lassen. Dies geschah durch verschiedene Aktivitäten: So hielt die Website www.wir-fmv.org diverse Materialien wie Poster und Aufkleber zum Download bereit, die Mitgliedseinrichtungen zur Unterstützung der Aktion „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt" nutzen konnten. Ebenso standen Sharepics zum Einsatz in Online-Kommunikationskanälen wie Websites, Social Media, E-Mail etc. bereit. Gebündelt wurden die Aktivitäten unter dem gemeinsamen Hashtag #wfmv2021.

Rechtzeitig zur Bundestagswahl versandte das Verbändebündnis eine gemeinsame Pressemitteilung, die dazu aufrief, zur Wahl zu gehen und die Stimme für eine der demokratisch eingestellten Parteien abzugeben. Und schließlich waren die Initiator:innen der Aktion „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt" mit Banner und Plakaten auch bei der „Unteilbar solidarisch"-Demo am 4. September 2021 in Berlin mit dabei.

Gesteuert wurde die Aktion „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt" von einer kleinen, informellen Arbeitsgruppe, bestehend aus Verantwortlichen für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der fünf Fachverbände für Menschen mit Behinderung sowie des Paritätischen Gesamtverbandes. Die zeitlichen wie finanziellen Ressourcen der gemeinsamen Aktion waren also begrenzt; nach der Bundestagswahl wurde die Weiterarbeit vorläufig eingestellt. Den Beteiligten war jedoch klar, dass die Notwendigkeit, sich gegen Ausgrenzung und Diskriminierung zu engagieren, mit der Wahl keineswegs beendet sein dürfte.

Die Zeitungsanzeige in der WamS

Im Sommerinterview, das der Mitteldeutsche Rundfunk im August 2023 mit dem AfD-Politiker Björn Höcke führte, sprach dieser davon, dass Inklusion eines der „Ideologieprojekte" sei, von denen man das Bildungssystem „befreien" müsse. Kinder mit Behinderungen seien ein „Belastungsfaktor". Gegen diese menschenfeindliche Haltung hat sich der CBP zusammen mit anderen Verbänden in Form einer Zeitungsanzeige ausgesprochen (abgedruckt auf S. 22 in diesem Heft).

Gemeinsam mit 19 anderen Organisationen veröffentlichte der CBP am 27. August 2023 diese ganzseitige Zeitungsanzeige in der „Welt am Sonntag" (WamS). In ihr wurde erklärt, dass es sicher kein Zufall und kein Ausrutscher ist, wenn „AfD-Politiker Björn Höcke das Ende der Inklusion und damit die aktive Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung fordert". Denn die AfD hat wiederholt deutlich gemacht, dass sie die Würde des Menschen als Individuum, die Universalität von Menschenrechten und damit die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft infrage stellt.

Die unterzeichnenden Verbände machten deutlich, dass sie es nicht zulassen, wenn „Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen weiter Raum greifen, die an die dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte erinnern". Sie riefen die Zivilgesellschaft auf, sich

der Gefahr, die von einer solchen Agenda für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ausgeht, gemeinsam und entschlossen entgegenzustellen. Denn, so der Wortlaut der Anzeige: „Es geht uns alle an. Wir alle sind gefordert. Die Alarmzeichen sind nicht zu übersehen."

Die Anzeige stieß auf starke Resonanz. Insbesondere die Tatsache, dass die Katholische Nachrichtenagentur (kna) eine Meldung dazu gebracht hat (in der der CBP an erster Stelle der mitzeichnenden Organisationen genannt war!) und diese von zahlreichen Redaktionen – unter anderem der Tagesschau – aufgegriffen wurde, hat für eine breite Wahrnehmung gesorgt und vielfache Reaktionen hervorgerufen.

Planungen für künftiges Engagement

Etwas mehr als zwei Jahre nach der Bundestagswahl und dem Abschluss der Aktion „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt" zeigt sich vor dem Hintergrund der diversen gesellschaftlichen Krisen, dass populistische, menschenfeindliche Stimmen keineswegs leiser geworden oder gar verstummt sind, sondern im Gegenteil an Lautstärke eher zugelegt haben – und hart rechte bis rechtsextreme Akteur:innen haben sogar noch an Zustimmung gewonnen. Insbesondere die beiden Landtagswahlen in Hessen und in Bayern im Herbst vergangenen Jahres haben besorgniserregende Ergebnisse zugunsten rechter Parteien erbracht und gezeigt, dass das Engagement gegen Diskriminierung und Ausgrenzung sowie für Menschlichkeit und Vielfalt nicht nachlassen darf, sondern dringender denn je erforderlich ist.

Der CBP steht daher bereits seit einiger Zeit gemeinsam mit den anderen Verbänden der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie sowie Organisationen der Zivilgesellschaft im Austausch darüber, wie gemeinsame Aktionen, Maßnahmen oder Kampagnen aussehen könnten. Eine Überlegung dabei ist, das Verbändebündnis wieder zu aktivieren und die Aktion „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt" wiederzubeleben.

Mit Blick auf die 2024 bevorstehenden Wahlen – die Europawahl am 9. Juni sowie die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September – ist es dringend geboten, Haltung zu zeigen, sich einer menschenfeindlichen Ideologie gemeinsam und entschlossen entgegenzustellen und sich deutlich zu Menschlichkeit und Vielfalt, zu Toleranz und Menschenwürde sowie zu Freiheit und Demokratie zu bekennen.

Einige Beispiele dafür, welche Aktionen auf Ebene der CBP-Mitglieder möglich sind, wie sich Einrichtungen der Behindertenhilfe zu gesellschaftlichen Themen positionieren können und wie sich die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen stärken lässt, hat diese Ausgabe der CBP-Info zum Schwerpunktthema „Menschlichkeit und Vielfalt" versammelt. Herzlich laden sie zum Nach- oder Mitmachen ein! **ths**

Bild **Paritätischer Gesamtverband**

Die Initiator:innen der Aktion „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt" mit Banner und Plakaten bei der „Unteilbar solidarisch"-Demo am 4. September 2021 in Berlin.

Anzeige

Es geht uns alle an.

Es ist mehr als ein Alarmzeichen.
Wenn der AfD-Politiker Björn Höcke das Ende der Inklusion und damit
die aktive Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung fordert,
ist das kein Zufall und kein Ausrutscher.
In der AfD wird wiederholt gefordert, Menschen, die nicht in das Weltbild
des völkischen Nationalismus passen, zu entrechten oder aus dem Land zu werfen.

Wer so denkt und spricht, stellt die Würde des Menschen als Individuum,
die Universalität von Menschenrechten und damit die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft in Frage.
Abwertung und Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung sind in der AfD längst zum Programm geworden,
genauso wie die Abwertung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft,
ihres Glaubens oder ihrer selbstbestimmten geschlechtlichen Identität.

Wir lassen nicht zu, dass Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen weiter Raum greifen,
die an die dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte erinnern.
Wir rufen die Zivilgesellschaft auf, sich der Gefahr, die von einer solchen Agenda
für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ausgeht,
gemeinsam und entschlossen entgegenzustellen.

Es geht uns alle an.
Wir alle sind gefordert.
Die Alarmzeichen sind nicht zu übersehen.

DER PARITÄTISCHE Gesamtverband
Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV)
dmsg
Deutsche Aidshilfe
AWO Bundesverband e.V.
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.
SOVD
Lebenshilfe
Dachverband Gemeindepsychiatrie e.V.
Der evangelische Fachverband für Teilhabe BeB
Anthropoi Bundesverband
Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. BSK
B·A·G SELBSTHILFE
CBP
bvkm. Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V.
Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.
Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V. fdr
GUTTEMPLER ... SELBSTHILFE UND MEHR
Werkstatträte Deutschland

Der Paritätische Gesamtverband (V.i.S.d.P.)

www.vielfalt-ohne-alternative.de

Ein neues „Lebenszeichen“ thematisiert Menschlichkeit und Vielfalt

„Divers: miteinander verschieden“ heißt das jüngste „Lebenszeichen“, gedacht für breiten Einsatz im CBP und darüber hinaus. Das bunte Herz steht für Vielfalt in Dimensionen wie: behindert oder nicht, dick oder dünn, sexuelle Ausrichtung, Herkunft. Das Herz sagt auch: Jeder Mensch ist einzigartig. Und wir respektieren uns, leben in Offenheit miteinander.
Hier geht es zum Lebenszeichen: lebenszeichen.bistumlimburg.de

CBP-KALENDER

CBP-Fachtag: Personalmanagement mit Springerpools
28. Februar 2024 (digital)
» Leitungs- und Fachkräfte

2. BTHG-Fachtag: Qualitäts- und Wirksamkeitsprüfungen
5. März 2024 (digital)
» Leitungs- und Fachkräfte

CBP-Jahresplanungskonferenz
11./12. März 2024 in Fulda
» CBP-Vorstand und Gremienvorsitzende

Konferenz der Fachverbände
15./16. April 2024 in Berlin
» Führungskräfte

3. BTHG-Fachtag: Leistungssystematik und -vereinbarung
17. April 2024 (digital)
» Leitungs- und Fachkräfte

CBP-Forum Personalstrategie: Führungskräfte stärken, Mitarbeitende gewinnen (Workshop)
29. April 2024 in Essen
» Führungskräfte, Personalverantwortliche

4. BTHG-Fachtag: Vergütungssystematik
14. Mai 2024 (digital)
» Leitungs- und Fachkräfte

CBP-Fachforum Technische Leitungen
18./19. September 2024 in Fulda
» Leitungs- und Fachkräfte

CBP-Digitalpreis-Verleihung
25. September 2024 in Berlin
» Führungskräfte

CBP-Mitgliederversammlung
25./26. September 2024 in Berlin
» Führungskräfte

5. BTHG-Fachtag: Wirkung und Wirksamkeit der Leistungen – aktuelle Entwicklungen bei der BTHG-Umsetzung
8. Oktober 2024 (digital)
» Leitungs- und Fachkräfte

CBP-Fachtagung: Wohnen und Soziale Teilhabe
22./23. Oktober 2024 in Berlin
» Leitungs- und Fachkräfte

„Teilhabe Digital“: Technische Hilfen bei intellektuellen Behinderungen

Ein Forschungsverbund hat seit 2019 Einsatzmöglichkeiten digitaler Technologien für mehr gesellschaftliche Teilhabe ausgelotet. Er lädt zum Abschluss-Fachtag am 12. April in Freiburg ein.

„Teilhabe Digital“ – unter diesem Projekttitel schlossen sich die Katholische Hochschule Freiburg, die Hochschule Furtwangen und die Hochschule Karlsruhe mit dem CBP zu einem Forschungsverbund zusammen. Praxispartner sind der Caritasverband Freiburg-Stadt, die Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Lautenbach und das Sankt-Josefshaus Herten. Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung durch die Fördermaßnahme FH Sozial, hier ist das Projekt unter dem Titel „Individuelle soziotechnische Arrangements für die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit kognitiven Funktionsbeeinträchtigungen (InstAgT)“ gelistet.

Aufgrund des partizipativen Anspruchs des Projekts wurde der Projekttitel „Teilhabe Digital“ in einfacher Sprache gewählt. Bewusst kam das Wort Teilhabe an den Anfang, da sich das Projekt nicht „nur“ mit Teilhabe an digitalen Medien beschäftigt, sondern mit gesellschaftlicher Teilhabe in allen Lebensbereichen, die durch die Nutzung digitaler Technologien gefördert werden kann. Das Projekt fokussiert dabei auf neue kostengünstige und geeignete Unterstützungsangebote aus dem Bereich der Consumer-Technik, um deren Potenziale zur Förderung der Teilhabe nachhaltig zu erschließen.

Der Einsatz neuer Technologien bietet große Chancen für den Abbau gesellschaftlicher Barrieren im Hinblick auf eine digitalisierte Gesellschaft. Hierfür ist das Nutzbarmachen verschiedener Apps oder Bedienungshilfen an Smartphone oder Tablet ein wichtiges Element: Diese können beispielsweise Texte vorlesen oder durch Terminerinnerungen den Alltag erleichtern und die Selbstständigkeit fördern. Sie ermöglichen eigenständige und selbstbestimmte Tätigkeiten wie Einkaufen, Musikhören oder Mobilität. Auch Sprachassistenzsysteme, die den Zugang zu vielfältigen Informationen sowie Möglichkeiten der Umfeldsteuerung bieten, bergen ein großes Potenzial.

Herausforderungen und Chancen der Coronazeit

Die kurz nach Projektbeginn einsetzende Coronazeit mit ihren Kontaktbeschränkungen und Mehrbelastungen in den Einrichtungen verlangte auch dem partizipativ konzipierten Projekt eine hohe Flexibilität aller Projektbeteiligten ab. Doch zugleich stellte sich Corona auch als Chance dar, schon früh im Projekt – durch die notgedrungen in den virtuellen Raum verlegten Kontakte – Teilhabe durch digitale Technik erlebbar zu machen.

Trotz der herausfordernden Situation gelang es, in circa 50 Einzelfallstudien Bewohner:innen der Praxispartner-Einrichtungen mit individuell ermittelter Consumer-Technik auszustatten und in der Nutzung zu begleiten. Diese Proband:innen und ihr Umfeld wurden aktiv in die Auswahl der Technik miteinbezogen. Neben den Kontakten bei der Technikermittlung kamen Interviews mit den Beteiligten, Beobachtungsbögen zur Techniknutzung und Gruppendiskussionen auf Mitarbeiter:innen-Ebene als Forschungsinstrumente zum Einsatz. Am Ende des Projekts steht die Entwicklung von Handlungsempfehlungen für Einrichtungen der Behindertenhilfe.

Das Projekt endet im April 2024. Weitere Informationen finden Sie unter: www.teilhabedigital.de

Verena Wahl
Akademische Mitarbeiterin
Institut für Angewandte Forschung (IAF)
Katholische Hochschule Freiburg
E-Mail: verena.wahl@kh-freiburg.de

Bild Institut für Angewandte Forschung (IAF), Katholische Hochschule Freiburg

CBP-DIGITAL-PREIS: JETZT MITMACHEN – UND WEITERSAGEN!

Bild **CBP/Tom Maelsa**

Die Gewinner:innen der letzten Digital-Preis-Verleihung im Mai 2022. Nun schreibt der CBP den Preis erneut aus.

Der CBP setzt erneut ein Zeichen für mehr digitale Teilhabe von Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung: Er prämiert Projekte mit Vorbildcharakter aus Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe oder Psychiatrie. Nachdem der CBP-Digital-Preis 2019 zum ersten und im Frühjahr 2022 zum zweiten Mal vergeben wurde, hat ihn der Fachverband in diesem Jahr zum dritten Mal ausgeschrieben, diesmal unter dem Motto „Digital – Inklusiv". Die Bewerbung ist bis zum 31. März 2024 möglich.

Ein Anliegen von großer Bedeutung

„Digitalisierung ist ein wichtiges Zukunftsthema unserer Gesellschaft, von dem Menschen mit Behinderungen nicht ausgeschlossen werden dürfen", erklärt CBP-Vorstandsmitglied Hubert Vornholt. „Im Gegenteil kann durch digitale Technologien oder den Einsatz von Künstlicher Intelligenz ihre Teilhabe verbessert und gestärkt werden." Digitale und assistive Technologien sind gerade für Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung eine grundlegende Hilfe, sie können ihnen eine bessere Teilhabe auf vielen Lebensfeldern ermöglichen. Dank technischer Unterstützung können viele Menschen alltägliche Aufgaben wie beispielsweise Einkaufen oder das Zubereiten von Mahlzeiten selbstständig bewältigen, die sonst dazu nicht in der Lage wären. Sie entwickeln zudem durch die Anwendung der Technik neue Fähigkeiten und Fertigkeiten – dies steigert ihr Selbstbewusstsein und das Vertrauen ins eigene Können. Technische Hilfsmittel können darüber hinaus für mehr Privatsphäre sorgen, Abhängigkeitsverhältnisse in einzelnen Lebensbereichen weitestgehend auflösen und so den Paradigmenwechsel von der Fürsorge zur Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung weiter fördern. »

Fortsetzung: CBP-Digital-Preis

Ansporn für mehr digitale Teilhabe an jedem Ort

Dabei werden die digitalen Möglichkeiten gerade für Menschen mit schweren Beeinträchtigungen noch viel zu wenig ausgeschöpft, sowohl bei der Alltags-Unterstützung als auch beim selbstverständlichen Zugang zum Internet. Mit dem Preis möchte der CBP digitale Teilhabe fördern, Projekte mit Vorbildcharakter sichtbar machen und dadurch weitere Einrichtungen und Dienste motivieren, ebenfalls aktiv zu werden.

Am Digital-Preis können verbandsübergreifend alle Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe und Psychiatrie teilnehmen. In Eigenregie oder in Kooperation mit Start-Ups, Leistungsträgern, Selbsthilfeverbänden oder Anbietern von Dienstleistungen aus dem Bereich digitale und assistive Technologien sollten sie zusammen mit Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung erfolgreich digitale Projekte oder Maßnahmen umsetzen oder bereits umgesetzt haben.

Preisgelder und -verleihung

Der CBP-Digital-Preis ist mit insgesamt 12.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden drei Projekte, die besonders innovativ und nachhaltig in die Strukturen der Organisation eingebunden sowie nach Möglichkeit mit leichten Modifikationen auf andere Organisationen übertragbar sind.

Die feierliche Preisverleihung wird im Rahmen der CBP-Mitgliederversammlung am Abend des 25. September 2024 in Berlin stattfinden. Nachdem sich bereits bei der letzten, zweiten Preisverleihung am 3. Mai 2022 (s. Foto S. 25) das Futurium als idealer Veranstaltungsort erwiesen hat – auch weil es sich in fußläufiger Entfernung zum Hotel Aquino, dem Ort der CBP-Mitgliederversammlung, und in unmittelbarer Nähe zu Regierungsviertel und Hauptbahnhof befindet –, ist es auch diesmal wieder gelungen, das Futurium als Gastgeber zu gewinnen.

Um die Übernahme der Schirmherrschaft für die dritte Ausschreibung und Verleihung des CBP-Digital-Preises ist der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Volker Wissing, angefragt. Den Vorsitz der Jury hat der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel. Auch sonst werden wahrscheinlich wieder zahlreiche Vertreter:innen aus (Sozial-)Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Forschung anwesend sein. Freuen Sie sich also mit uns auf eine spannende Veranstaltung am Abend des 25. September 2024 in Berlin!

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Bewerbung finden Sie unter: www.digital-inklusiv.de ths

DIGITALINKLUSIV

DER DIGITAL PREIS DES CBP

Tipps

Fachtag zur Taubblindheit

Beim Fachtag „Taubblind“ der Stiftung St. Franziskus Heiligenbronn am 8. Juni geht es um die diagnostische Einschätzung kognitiver Potenziale bei Menschen mit Taubblindheit mithilfe der Tactile Working Memory Scale (TWMS). Menschen mit Taubblindheit/Hörsehbehinderung sind aufgrund der Einschränkungen beider Fernsinne verstärkt auf den körperlich-taktilen Wahrnehmungskanal angewiesen. Dies hat auch Auswirkungen auf die Entwicklung kognitiver Fähigkeiten. Die TWMS ermöglicht es, Prozesse des taktilen Arbeitsgedächtnisses genauer in den Blick zu nehmen, und hilft, Potenziale früh zu identifizieren und durch gezielte Interventionen effektive Lernprozesse zu gestalten. Durch bedarfsgerechtere Anpassungen der sozialen und physischen Umwelt können sich Aktivität und Teilhabe der Menschen mit Taubblindheit/Hörsehbehinderung entscheidend verbessern.

Der Fachtag wird am Samstag, dem 8. Juni 2024, ab 9.30 Uhr in der Stiftung St. Franziskus in Heiligenbronn stattfinden. Zu seinem Schwerpunktthema TWMS wird es Vorträge von Joseph Gibson und Jude Nicholas geben, zwei in Norwegen forschenden, lehrenden und praktizierenden Experten für Taubblindheit. Zudem werden abwechs-

lungsreiche Workshops, praktische Erfahrungen und Austauschmöglichkeiten sowie ein vielfältiges Fachprogramm zur Taubblindheit angeboten.

Mehr: www.stiftung-st-franziskus.de/aktuelles/veranstaltungen/fachtag-taubblind

Alica Vogel
Stiftung St. Franziskus Heiligenbronn
E-Mail: alica.vogel@stiftung-st-franziskus.de

Alice Braumann
Stiftung St. Franziskus Heiligenbronn
E-Mail: alice.braumann@stiftung-st-franziskus.de

CBP-Spezial Ukraine – Deutschland: Gelebte Caritas in Zeiten der Kriegsnot

Kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs vor mittlerweile zwei Jahren nahmen insgesamt 18 CBP-Mitgliedseinrichtungen Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Behinderung aus zwei Waisenhäusern in Kyiv und einem in Krywij Rih auf, nachdem der CBP gemeinsam mit der Caritas Opole (Polen) die Evakuierungsfahrten im März 2022 organisiert hatte. Auf diese Weise ließ sich die Betreuung in einzelnen Gruppen aufrechterhalten, und eine bundesweite Zerstreuung der Geflüchteten in Sammelunterkünften wurde vermieden.

Die Geschichten der jungen Menschen sowie der Fachkräfte in Mitgliedseinrichtungen, die sie aufgenommen haben, sind in einer gerade erschienenen Publikation des CBP versammelt. Sie erzählen von der Flucht, vom Ankommen und der Teilhabe in Deutschland. Außerdem enthält das jüngste CBP-Spezial unter anderem

- ein Grußwort des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Jürgen Dusel,
- ein Vorwort von Janina Bessenich, Ute Dohmann-Bannenberg und Tatjana Sorge (CBP-Geschäftsstelle) und das
- „Wort auf dem Weg“ des CBP-Vorsitzenden Wolfgang Tyrychter,

jeweils mit Übersetzung in die ukrainische Sprache. Ein Blick auf die „Rechtslage und Finanzierung“ sowie auf die Medienarbeit des CBP zu dem Thema runden das Heft ab.

Die Mitglieder unseres Verbandes haben den jungen Menschen aus der Ukraine ein Leben in Sicherheit und Frieden ermöglicht. Es ist gelungen, die Betreuung in den einzelnen Gruppen aufrechtzuerhalten und einige ukrainische Betreuungskräfte im Team zu behalten oder neu zu gewinnen.

Wir danken herzlichst allen Führungs- und Fachkräften für die gemeinsame Bewältigung dieser unglaublichen Herausforderung. Es ist der wahre Advent, die gelebte Caritas und der gemeinsame Weg zum Ankommen und zur Teilhabe. Vergelt's Gott!

Das CBP-Spezial mit dem Titel „Gelebte Caritas“ ist auf der Homepage des CBP im Bereich „Publikationen“ zum Download bereitgestellt. **jb**

Bereits ein junger Klassiker: die „Lebenszeichen“ werden zehn

Die Lebenszeichen sind eine Reihe religiöser Impulsblätter. In ökumenischer Kooperation sind sie getragen vom Fachverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie (CBP) und dem Evangelischen Fachverband für Teilhabe (BeB). Jochen Straub, Bistum Limburg, und Barbara Seehase, Behindertenhilfe der St. Augustinus Behindertenhilfe Neuss, erstellen die Lebenszeichen und begleiten diese fachlich. Beide gehören zum Ausschuss theologische Grundsatzfragen des CBP.

Die Lebenszeichen eignen sich für das persönliche Gebet ebenso wie zur Begleitung von Menschen; zur Gestaltung gemeinsamer Meditationen und Gottesdienste genauso wie für Impulse bei Sitzungen. Die Spannbreite und die Reichweite der Lebenszeichen beeindrucken:

- über 500.000 verteilte Lebenszeichen;
- vier Themenmappen;
- 90 Lebenszeichen mit verschiedenen Themen – diese sind auch in der Ansichtsmappe zusammengefasst;
- sieben CDs mit Lebensliedern und Traumreisen in Leichter Sprache;
- ergänzende Materialien: Postkarten, Lesezeichen, Roll-Ups, Plakat „Lebenszeichen im Jahreskreis“, Bedienungsanleitung;
- Nutzung und Wirkung im gesamten deutschsprachigen Raum mit den Ländern Deutschland, Österreich, Schweiz und Luxemburg.

Auf der Service-Website lebenszeichen.bistumlimburg.de finden Sie:

- verschiedene Themenmappen;
- alle Lebenszeichen;
- CD-Serie „Lebenslieder“ mit den Liedern der Lebenszeichen;
- ergänzende Materialien;
- methodische Hinweise;
- Bestellmöglichkeiten.

Zum 10. Geburtstag gibt es natürlich auch Neues:

- ein neues Gottesdienstbuch;
- eine neue CD mit Lebensliedern in Leichter Sprache und Leichter Melodieführung;
- neue Lebenszeichen, unter anderem ein Lebenszeichen „Divers“ (s. S. 23 in diesem Heft).

Barbara Seehase
Behindertenhilfe der St. Augustinus Behindertenhilfe Neuss
E-Mail: b.seehase@ak-neuss.de

Jochen Straub
Referatsleitung Seelsorge für Menschen mit Behinderung
Bistum Limburg
E-Mail: j.straub@bistumlimburg.de

NACHGEDACHT

Janina Bessenich
Geschäftsführerin des CBP
E-Mail: janina.bessenich@caritas.de

Ein kleines Senfkorn Menschlichkeit

Wir leben in Zeiten gewaltsamer Kriege und vieler harter politischer Auseinandersetzungen. Wir versinken in Gesetzen und in der Bürokratie. Unser Wissen wird durch die digitale Entwicklung überholt, Künstliche Intelligenz „ersetzt" Stück für Stück die Menschen. Im Alltag und in sozialen Medien bleibt die Menschlichkeit oft genug auf der Strecke.

Doch es gibt ein Mittel gegen die Düsternis. Mit der Zusage „Aus Finsternis soll Licht aufleuchten" (Zweiter Brief des Apostels Paulus an die Korinther 4,6) können wir das Licht an uns nehmen und es weitertragen. Wir können Menschlichkeit durch unseren Einsatz leben, für andere deutlich spürbar.

Unser jüngstes CBP-Spezial haben wir den Mitgliedern unseres Fachverbandes gewidmet, die im März 2022 Kinder und weitere junge Menschen aus der Ukraine bald nach dem Überfall Russlands auf sein Nachbarland aufgenommen haben. Herzlichen Dank an alle, die geholfen haben und weiter helfen! Unsere Weihnachtskarte zeigte einen Jungen, der trotz oder gerade angesichts des Krieges und der Flucht mit seinen Händen ein Herz formt und sich für die Hilfe bedankt. Auch darin scheint das Licht für diese Welt.

Bei den Evakuierungsaktionen haben wir so viele Menschen erlebt, die unmittelbar geholfen haben, ohne zu fragen, ob alles rechtlich geregelt und finanziell gesichert sei. Es ging um die sofortige Hilfe und ums spontan entstehende Miteinander. Diese Hilfsaktion hat gezeigt, dass Menschlichkeit für das Überleben entscheidend ist. Sie hat gezeigt, dass der Sinn unseres Handelns in der Mitmenschlichkeit besteht.

Unsere Aufgaben im Alltag werden weiterhin herausfordernd sein. Die Suche nach Arbeitskräften, die Sicherung der Finanzierung und die Betreuung von Menschen mit Behinderung – auch der aus der Ukraine Geflüchteten über diese lange Zeit – sind schwierige Aufgaben. Es wäre töricht und unglaubwürdig, das zu leugnen. Es ist aber entscheidend zu wissen, dass durch unser Handeln diese große Welt menschlicher wird. Und dass Gott uns durch diese unruhige Welt führt.

Vielleicht würde Theodor W. Adorno auch uns heute sagen: „Es bedarf des Absurden, um diesem objektiven Wahnsinn nicht zu erliegen. Wer sich dem Weltlauf vorsichtig anpasst, macht sich eben damit zum Teilhaber des Wahnsinns."

Wir würden entgegnen: Es bedarf der Menschlichkeit, um diesem menschengemachten Wahnsinn nicht zu erliegen. Wer sich dem Weltlauf der Gewalt und einer in Teilen unsozialen Technologie vollständig anpasst, macht sich damit zum Teilhaber des Wahnsinns.

Es ist unsere Aufgabe, Menschlichkeit zu leben, indem wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderung fördern, wo wir nur können. Es ist unsere Aufgabe, die Hoffnung wie ein kleines Senfkorn zu tragen, auch dort, wo die Hoffnung verloren scheint. Unsere Welt braucht ein kleines Senfkorn Menschlichkeit überall dort, wo Menschen leben …

Janina Bessenich

IMPRESSUM

www.cbp.caritas.de

Redaktion: Janina Bessenich (jb, verantwortlich), Dr. Thomas Schneider (ths), Ute Dohmann-Bannenberg (udb), Annett Löwe (al), Tatjana Sorge (so), Klemens Bögner (neue caritas)

Reinhardtstraße 13, 10117 Berlin, E-Mail: cbp@caritas.de, Tel. 0 30/28 44 47-8 22, Fax: 0 30/28 44 47-8 28

Vertrieb: Bettina Weber, Lambertus-Verlag GmbH; Tel. 07 61/3 68 25-0, Fax: 3 68 25-33, E-Mail: neue-caritas@lambertus.de

Titelfoto: Barmherzige Brüder Mittelfranken

Nachdruck und elektronische Verwendung nur mit schriftlicher Genehmigung.

Herausgegeben vom CBP e. V. in Freiburg